

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXI
1. Kapitel: Problematik	1
1. Teil: Verfassungsrecht, Europarecht, DDR-Recht, die beiden Staatsverträge und Rechtsvergleichung	5
2. Kapitel: Verfassungsrecht	5
A. Die beiden Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts zur Ungleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten	5
I. Der Beschuß des Bundesverfassungsgerichts vom 16.11.1982	5
1. Allgemeine Aussagen zu Art. 3 Abs. 1 GG	6
2. Die Ungleichbehandlung bei den Lebensaltersgrenzen	7
a) Das Argument der Rechtssicherheit	7
b) Das Argument der historischen Entwicklung	8
c) Einzelne Sachgründe	9
aa) Einfacherer Stellenwechsel	9
bb) Geringere Betriebsbindung	10
cc) Flexibilitätserfordernisse	10
dd) Kosten der Anpassung	10
3. Folgerungen für den Gesetzgeber	11
4. Methodenkritik	11
II. Der Beschuß des Bundesverfassungsgerichts vom 30.5.1990	12
1. Allgemeine Aussagen zu Art. 3 Abs. 1 GG	12
2. Die Ungleichbehandlung bei den Kündigungsfristen	13
a) Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten im allgemeinen	13
b) Der Legitimationszusammenhang	14
c) Fehlender Legitimationszusammenhang	14
aa) Geistige und körperliche Tätigkeit	14
bb) Gruppenmentalität	15
cc) Richtigkeitsüberzeugung	15
dd) Längere Ausbildung	15
ee) Leistungsanspruch	15
d) Grundsätzlich bestehender Legitimationszusammenhang	16
aa) Schnellerer Stellenwechsel	16
bb) Verteuerung von Sozialplänen	16
cc) Flexibilitätserfordernisse des Arbeitgebers	16
e) Auswirkungen der Entscheidung	18
f) Methodische Würdigung	18

B. Weitere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 3 Abs. 1 GG	19
I. Die Art der gesetzgeberischen Maßnahme	19
II. Der Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts	20
1. Willkürkontrolle	20
2. Angemessenheitskontrolle, neue Formel	21
3. Ermessen des Gesetzgebers	22
III. Vom Gesetzgeber zu berücksichtigende Gesichtspunkte	23
1. Anknüpfungskriterien	23
2. Bindung an die Verfassung	23
3. Systemgerechtigkeit	24
4. Historische Entwicklung	25
5. Generalisierung, Typisierung und Praktikabilität	26
IV. Die Korrektur der Ungleichbehandlung	27
C. Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und des LAG Hamm zu Art. 3 Abs. 1 GG und zum arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz im Hinblick auf die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten	27
I. BAG, Weihnachtsgratifikation I	28
II. BAG, Weihnachtsgratifikation II	29
III. BAG, § 1 Abs. 3 Nr. 2 LFZG	29
IV. LAG Hamm, Betriebliche Altersversorgung	30
D. Die Interpretation des Art. 3 Abs. 1 GG in der Literatur	31
I. Der Ermessensspielraum des Gesetzgebers	31
1. Willkürkontrolle	32
2. Angemessenheitskontrolle	34
II. Das Prüfschema	36
E. Eigene Stellungnahme zur Auslegung des Art. 3 Abs. 1 GG	38
F. Der unterschiedliche Stand der Gesetzgebung als Problem des Art. 3 Abs. 1 GG und der Auslegung und Rechtsfortbildung	41
I. Geltendes Recht	42
II. Die Anpassung des geltenden Rechts durch Auslegung und Rechtsfortbildung	43
1. Das alte Gesetz	43
2. Das neue Gesetz	46
3. Kapitel: Europarecht, DDR-Recht, die beiden Staatsverträge und Rechtsvergleichung	47
A. Europarecht	47
I. Arbeitnehmerbegriff	47
II. Gleichheitssatz	48
1. Art. 48 Abs. 2 EWGV	48
2. Art. 119 EWGV	49
3. Art. 7 Abs. 1 EWGV	49
4. Das Grundrecht auf Gleichbehandlung	50
B. Das Recht der ehemaligen DDR	51
I. Arbeitsrecht	51
II. Sozialversicherungsrecht	51

C. Arbeiter und Angestellte in den beiden Staatsverträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	52
I. Der Gesetzgebungsauftrag zur Schaffung eines Arbeitsvertragsgesetzes	52
II. Arbeiter und Angestellte im Einigungsvertrag	53
1. Individualarbeitsrecht	53
2. Kollektives Arbeitsrecht	54
3. Sozialversicherungsrecht	55
III. Weitere Unterscheidungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft	55
1. Kaufmännische Angestellte	55
2. Technische Angestellte	56
3. Gewerbliche Arbeitnehmer	57
D. Rechtsvergleichung	57
I. Rechtsordnungen mit Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten	58
1. Österreich	58
2. Frankreich	60
3. Belgien	61
4. Dänemark	61
5. Italien	61
II. Rechtsordnungen ohne Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten	62
1. DDR	62
2. Schweiz	62
3. England	63
4. Niederlande, Portugal und Spanien	64
E. Zusammenfassung zum 3. Kapitel	65
 2. Teil: Arbeitsrecht	67
1. Abschnitt: Allgemeines	67
 4. Kapitel: Einführung	67
A. Das Schrifttum zur Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten	67
B. Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten im Arbeitsrecht, Vorbemerkung	68
 2. Abschnitt: Individualarbeitsrecht	69
 5. Kapitel: Das Kündigungsrecht	70
A. Die Systematik des Kündigungsrechts	70
B. Die historische Entwicklung des Kündigungsrechts	70
I. Der Zusammenhang zwischen historischer Entwicklung und rechtlicher Würdigung	70
II. Darstellung der historischen Entwicklung des Kündigungsrechts	72
C. Die heutige Rechtslage	74
I. Angestellte	75
1. Die Grundkündigungsfrist	75

2. Die verlängerten Kündigungsfristen	75
a) Sachlicher Geltungsbereich	76
b) Dauer der Fristen	76
3. Die Kündigungstermine	77
4. Abdingbarkeit	77
II. Arbeiter	77
1. Die Grundkündigungsfrist	77
2. Die verlängerten Kündigungsfristen	77
3. Die Kündigungstermine	77
4. Abdingbarkeit	78
III. Fortbestehende Unterschiede in der gesetzlichen Regelung für Arbeiter und Angestellte	78
1. Die Grundkündigungsfrist	78
2. Die verlängerten Kündigungsfristen	78
3. Die Kündigungstermine	79
4. Abdingbarkeit	79
IV. Sachliche Gründe für die bestehenden Unterschiede?	79
1. Kündigungsfristen	79
2. Kündigungstermine	81
D. Rechtsvergleichung	82
I. Darstellung des Kündigungsrechts im Hinblick auf Kündigungsfristen	83
1. Österreich	83
2. Frankreich	83
3. Belgien	84
4. Dänemark	84
5. Italien	85
6. Schweiz	85
7. Vereinigtes Königreich	85
8. Irland	86
9. Luxemburg	86
II. Zusammenfassung zur Rechtsvergleichung im Kündigungsrecht	86
E. Bisherige Vorschläge zur Neuregelung	87
I. Der Entwurf der Arbeitsgesetzbuchkommission	87
1. Darstellung	87
2. Stellungnahme	88
a) Grundkündigungsfrist	88
b) Verlängerte Kündigungsfristen	89
c) Kündigungstermine	89
d) Lebensalter	90
II. Der Entwurf der SPD-Fraktion	90
1. Darstellung	90
2. Stellungnahme	91
III. Der Vorschlag Kraushaars	93
1. Darstellung	93
2. Stellungnahme	94
IV. Der Vorschlag von Beuthien/Sponer	96
1. Darstellung	96

2. Stellungnahme	97
V. Der Vorschlag des DGB vom 5.4.1977	100
1. Darstellung	100
2. Stellungnahme	101
F. Das Arbeitsgesetzbuch der DDR	102
G. Gesichtspunkte für eine Neuregelung	104
I. Grundprobleme einer Neuregelung	104
II. Der Sinn des Kündigungsschut兹rechts	105
1. Verzicht auf das Kündigungsrecht	105
2. Abfindungsschutz statt Bestandsschutz	106
3. Sonstige Neuvorschläge	107
4. Verzicht auf Kündigungsfristen	107
III. Die Grundkündigungsfrist	107
IV. Der Kündigungstermin	111
1. Der Kündigungstermin zum Quartalsende	112
a) Die Entstehung der Regelung	112
b) Die Bedeutung des Kündigungstermins	114
2. Der Kündigungstermin zum Monatsende	116
V. Die verlängerten Kündigungsfristen	118
1. Die Bedeutung des Lebensalters	123
2. Die Dauer der Betriebszugehörigkeit	124
3. Die Kombination von Lebensalter und Dauer der Betriebszugehörigkeit	126
4. Die Betriebsgröße	131
VI. Die Dispositivität zugunsten der Tarifparteien	132
VII. Die Dispositivität zugunsten des Einzelarbeitsvertrages	133
VIII. Gleiche Kündigungsfristen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer	135
IX. Übergangsfristen	135
H. Eigener Vorschlag	137
 6. Kapitel: Das Entgeltfortzahlungsrecht	 139
A. Vorüberlegungen	139
B. Die geschichtliche Entwicklung des Entgeltfortzahlungsrechts	140
C. Das Entgeltfortzahlungsrecht seit Inkrafttreten des Lohnfortzahlungsgesetzes	149
D. Arbeitsrechtliche oder sozialversicherungsrechtliche Lösung	151
I. Die Entwicklung	151
II. Bedenken	153
1. Volkswirtschaftliche Bedenken	153
2. Arbeitsrechtliche Bedenken	153
3. Verfassungsrechtliche Bedenken	154
a) Art. 12 GG	154
b) Art. 3 Abs. 1 GG (Steuergleichheit)	155
c) Art. 3 Abs. 1 GG (Kleinbetriebe)	157
d) Sozialstaatsprinzip	158
III. Gegeneinwände	159
E. Rechtsvergleichung	160

I. Belgien	161
II. Dänemark	162
III. Frankreich	164
IV. Italien	165
V. Niederlande	166
VI. Portugal	167
VII. Schweiz	168
VIII. Spanien	169
IX. Großbritannien	170
X. Luxemburg	171
XI. Griechenland	172
F. Die Verfassungsmäßigkeit des Rechts der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Vorschläge zur Neuregelung	173
I. Grundsätzliche Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit des Rechts der Entgeltfortzahlung	173
II. Die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der einzelnen Ungleichbehandlungen von Arbeitern und Angestellten im Entgeltfortzahlungsrecht	174
1. Der Zeitpunkt der Entstehung des Entgeltfortzahlungsanspruchs im Krankheitsfall	174
a) Darstellung der unterschiedlichen Rechtsstellung von Arbeitern und Angestellten	174
b) Vorüberlegungen zur Überprüfung der Vereinbarkeit einer Norm mit Art. 3 Abs. 1 GG	176
c) Sozialversicherungsrechtliche Ansprüche als relativierender Faktor im Bereich der durch § 1 Abs. 1 Satz 1 LFZG normierten Benachteiligung	177
d) Die effektive Benachteiligung im Bereich des § 1 Abs. 1 Satz 1 LFZG	178
e) Zwischenergebnis zur Ungleichbehandlung	184
f) Die Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	185
aa) Die Rechtsprechung zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von § 1 Abs. 1 Satz 1 LFZG	185
bb) Die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von § 1 Abs. 1 Satz 1 LFZG anhand der allgemeinen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 3 Abs. 1 GG	187
aaa) Geschichtliche Entwicklung	190
bbb) Gruppengröße	190
ccc) Wirtschaftliche Interessen der Arbeitgeber	190
ddd) Erhöhte Treuepflicht von Angestellten	191
eee) Art der Tätigkeit	192
fff) Gruppenmentalität	193
ggg) Höhere Qualifikation der Angestellten	193
hhh) Größere Betriebstreue der Angestellten	194
iii) Flexibilität im produktiven Bereich	194
jjj) Höherer Ausländeranteil unter den Arbeitnehmern	194

kkk) Höherer Krankenstand von Arbeitern	197
g) Verfassungskonforme Auslegung und Analogie	199
h) Zwischenergebnis	202
i) Bisherige Vorschläge für eine Neuregelung	202
aa) Der Vorschlag der Arbeitsgesetzbuchkommission	202
aaa) Darstellung	202
bbb) Stellungnahme	203
bb) Der Vorschlag Trieschmanns	204
aaa) Darstellung	204
bbb) Stellungnahme	205
cc) Der Vorschlag des DGB	205
aaa) Darstellung	205
bbb) Stellungnahme	205
j) Überlegungen zu einer gesetzlichen Neuregelung	206
k) Eigener Vorschlag	211
aa) Der Zusammenhang zwischen Lohnfortzahlung und Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses	211
bb) Der Zusammenhang zwischen Arbeitsrecht und Sozialversicherungsrecht	212
cc) Der Mißbrauchsgedanke	214
2. Die Verhinderung an der Arbeitsleistung durch krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	215
a) Die Rechtslage für Arbeiter	215
b) Die Rechtslage für Angestellte	216
c) Der Vergleich zwischen der Rechtslage für Arbeiter und der für Angestellte	216
aa) Praktische Einwände	216
bb) Die Ungleichbehandlung	218
cc) Die Prüfung der Verfassungswidrigkeit	222
aaa) Die Benachteiligung	222
bbb) Sachliche Gründe für die Benachteiligung	226
dd) Verfassungskonforme Auslegung	227
d) Eigener Vorschlag	228
3. Der wiederholte Entgeltfortzahlungsanspruch bei Fortsetzungserkrankungen	229
a) Die Problematik	229
b) Die Rechtslage bei Arbeitern	230
c) Die Rechtslage bei Angestellten	231
d) Die konkrete Ungleichbehandlung	232
e) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung	234
f) Verfassungskonforme Auslegung und Analogie	236
g) Bisherige Vorschläge für eine Neuregelung	238
aa) Darstellung	238
aaa) Der Vorschlag der Arbeitsgesetzbuchkommission	238
bbb) Der Vorschlag des DGB	238
ccc) Der Vorschlag Trieschmanns	238
bb) Stellungnahme	239

h) Eigener Vorschlag	239
4. Der anspruchsberechtigte Personenkreis	240
a) Die Regelung für Arbeiter und Angestellte	240
b) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung im Hinblick auf Art. 3 Abs. 1 GG (Arbeiter/Angestellte)	241
aa) Die Regelung betr. Mutterschaftsgeld	241
bb) Die Regelung betr. Teilzeitbeschäftigte und kurzfristig Beschäftigte	242
aaa) Die Ungleichbehandlung	242
bbb) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung	246
(1) Geringere Fürsorgepflicht	247
(2) Schaffung wirtschaftlicher Werte	248
(3) Erfordernis stärkerer Fluktuation	248
(4) Unterschiedliches Sicherungsbedürfnis	249
(5) Höherer Krankenstand	249
cc) Verfassungskonforme Auslegung	250
c) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung im Hinblick auf Art. 3 Abs. 1 GG (Teilzeit/Vollzeit; kurzfristige Beschäftigung/Dauerbeschäftigung)	250
aa) Vollzeitbeschäftigte und teilzeitbeschäftigte Arbeiter	251
aaa) Fürsorgepflicht und Integration	251
bbb) Schaffung wirtschaftlicher Werte	251
ccc) Schutzbedürfnis	251
bb) Kurzzeitig beschäftigte Arbeiter und langfristig beschäftigte Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte)	252
aaa) Schaffung wirtschaftlicher Werte	252
bbb) Sicherungsbedürfnis	252
ccc) Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	252
d) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung im Hinblick auf Art. 119 EWGV, Art. 3 Abs. 2 GG	253
aa) Art. 119 EWGV	253
bb) Art. 3 Abs. 2 GG	254
e) Die geplante Neuregelung nach EG-Recht sowie die Arbeitsschutzrichtlinie	255
f) Bisherige Neuregelungsvorschläge	257
aa) Der Vorschlag der Arbeitsgesetzbuchkommission	257
aaa) Darstellung	257
bbb) Stellungnahme	257
bb) Der Vorschlag des DGB	258
aaa) Darstellung	258
bbb) Stellungnahme	258
cc) Der Vorschlag Trieschmanns	258
aaa) Darstellung	258
bbb) Stellungnahme	259
g) Eigener Vorschlag	259
5. Tariföffnungsklauseln	260
a) Darstellung	260

b) Die Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts (Tariföffnungsklausel für Arbeiter)	262
aa) Die Regelung für Arbeiter	262
bb) Die Regelung für Angestellte	264
cc) Die Ungleichbehandlung	264
dd) Die Verfassungswidrigkeit der Ungleichbehandlung	265
ee) Bisherige Neuregelungsvorschläge	266
ff) Eigener Vorschlag	266
c) Die Dauer des Entgeltfortzahlungsanspruchs (Tariföffnungsklausel für Angestellte)	268
aa) Die Ungleichbehandlung	268
bb) Die Verfassungswidrigkeit der Ungleichbehandlung	269
cc) Bisherige Neuregelungsvorschläge	270
dd) Eigener Vorschlag	270
6. Die Anzeige- und Nachweispflichten des Arbeitnehmers	271
a) Einführung	271
b) Die Rechtslage bei Arbeitern	272
aa) Anzeige- und Nachweispflicht bei Inlandserkrankung	272
bb) Anzeige- und Nachweispflicht bei Auslandserkrankung	273
aaa) Auslandserkrankung in einem Land, mit dem kein Sozialversicherungsabkommen besteht	274
bbb) Auslandserkrankung in einem Land, mit dem ein Sozialversicherungsabkommen besteht	274
cc) Anzeige- und Nachweispflicht bei nicht in einer gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Arbeitern	275
c) Die Rechtslage bei Angestellten	276
aa) Die Anzeigepflicht	276
bb) Die Nachweispflicht	277
d) Zusammenfassende Darstellung der Ungleichbehandlung	282
e) Die Verfassungswidrigkeit der Ungleichbehandlung	282
f) Bisherige Vorschläge für eine gesetzliche Neuregelung	283
aa) Der Vorschlag Trieschmanns	283
aaa) Darstellung	283
bbb) Stellungnahme	283
bb) Der Vorschlag der Arbeitsgesetzbuchkommission	284
aaa) Darstellung	284
bbb) Stellungnahme	285
cc) Der Vorschlag des DGB	288
aaa) Darstellung	288
bbb) Stellungnahme	289
g) Eigener Vorschlag	292
7. Der Forderungsübergang bei Schädigung durch einen Dritten	293
a) Einführung	293
b) Die Rechtslage für Arbeiter	293
aa) Der Forderungsübergang	293
bb) Das Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	295
c) Die Rechtslage für Angestellte	295

aa) Der Forderungsübergang	295
bb) Das Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	296
d) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung	297
e) Bisherige Neuregelungsvorschläge	298
aa) Der Vorschlag Trieschmanns	298
bb) Der Vorschlag der Arbeitsgesetzbuchkommission	298
aaa) Darstellung	298
bbb) Stellungnahme	299
cc) Der Vorschlag des DGB	300
aaa) Darstellung	300
bbb) Stellungnahme	301
f) Eigener Vorschlag	301
aa) Verpflichtung zur Forderungsabtretung	303
bb) Forderungsübergang ab Entgeltfortzahlung	303
cc) Forderungsübergang ab Entstehung des Schadensersatzanspruchs	304
8. Kuren und Schonungszeiten	305
a) Einführung	305
b) Kurbewilligung, Kostentragung und Entgeltfortzahlung	307
aa) Die Rechtslage für Arbeiter	307
aaa) Kurträger	307
bbb) Kur i.S. des Lohnfortzahlungsgesetzes	308
ccc) Bewilligung	309
ddd) Volle Kostenübernahme	310
eee) Voraussetzungen nach § 1 LFZG	310
fff) Der Zusammenhang zwischen § 7 LFZG und dem Sozialversicherungsrecht	311
bb) Die Rechtslage für Angestellte	312
aaa) Kurträger	313
bbb) Kur	313
ccc) Bewilligung	314
ddd) Volle Kostenübernahme	314
cc) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung	314
aaa) Die Ungleichbehandlung zwischen Arbeitern und Angestellten	315
bbb) Die Ungleichbehandlung der nicht gesetzlich krankenversicherten Arbeiter gegenüber der Gruppe der gesetzlich krankenversicherten Arbeiter und der Gesamtgruppe der Angestellten	316
ccc) Die Ungleichbehandlung der wegen kurzfristiger oder geringfügiger Beschäftigung nicht sozialversicherten Arbeiter gegenüber den anderen Arbeitnehmern	317
ddd) Mittelbare Ungleichbehandlung	318
eee) Die Kompensation der Ungleichbehandlung	318
fff) Der fehlende sachliche Grund	319
dd) Bisherige Neuregelungsvorschläge	319

aaa) Der Vorschlag der Arbeitsgesetzbuchkommission	319
(1) Darstellung	319
(2) Stellungnahme	320
bbb) Der Vorschlag des DGB	322
(1) Darstellung	322
(2) Stellungnahme	322
ccc) Der Vorschlag Trieschmanns	323
(1) Darstellung	323
(2) Stellungnahme	324
ee) Eigener Vorschlag	324
c) Anzeige- und Nachweispflichten	326
aa) Die Rechtslage für Arbeiter	326
bb) Die Rechtslage für Angestellte	327
cc) Ungleichbehandlung und Vorschlag für eine Neuregelung	328
aaa) Die Frage der Verfassungsmäßigkeit	328
bbb) Bisherige Vorschläge für eine gesetzliche Neuregelung	328
(1) Darstellung	328
(2) Stellungnahme	329
(3) Eigener Vorschlag	330
d) Die Lohnfortzahlung während der Schonungszeit	330
aa) Die Rechtslage für Arbeiter	330
bb) Die Rechtslage für Angestellte	333
cc) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung	334
dd) Bisherige Vorschläge für eine Neuregelung	337
aaa) Darstellung	337
bbb) Stellungnahme	338
ee) Eigener Vorschlag	339
e) Anzeige- und Nachweispflichten bei einer Schonungszeit	341
aa) Die Rechtslage für Arbeiter	341
bb) Die Rechtslage für Angestellte	341
cc) Ungleichbehandlung und Vorschlag für eine Neuregelung	342
9. Die Anrechnung konkurrierender Sozialleistungen	343
a) Die unterschiedlichen Regelungen	343
b) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung	344
c) Vorschlag für eine Neuregelung	346
10. Die Arbeitsverhinderung aufgrund unverschuldeten Unglücks	346
a) Die unterschiedlichen Regelungen	346
aa) Die Ansicht des Bundesarbeitsgerichts	347
bb) Die Ansicht der Literatur	348
b) Die Verfassungswidrigkeit der Regelung	349
c) Vorschlag für eine Neuregelung	349
G. Die Entgeltfortzahlung bei der Pflege eines erkrankten Kindes oder eines sonstigen Familienangehörigen	350
I. Einführung	350
II. Die Ungleichbehandlung im geltenden Gesetzesrecht	352
1. Zwingendes Recht	352
2. Lebensalter des Kindes	353

3. Dauer des Anspruchs	353
III. Die Gleichbehandlung aufgrund der neueren Rechtsprechung	354
IV. Bisherige Neuregelungsvorschläge, DDR-Recht	356
sowie die Rechtslage im öffentlichen Dienst	356
1. Der Vorschlag der Arbeitsgesetzbuchkommission	356
2. Der Vorschlag des DGB	357
3. DDR-Recht	358
4. Die Rechtslage im öffentlichen Dienst	359
V. Eigener Vorschlag	360
1. Die Kostenverteilung	360
2. Zwingendes Recht	361
3. Pflegebedürftiger Personenkreis	361
4. Lebensalter des Kindes	362
5. Dauer des Anspruchs	362
6. Zusammenfassung	362
H. Das Ausgleichsverfahren	364
I. Die Rechtslage in den alten Bundesländern	364
II. Die Rechtslage in den neuen Bundesländern	369
III. Die Neuregelung der §§ 10-19 LFZG	371
I. Eigener Vorschlag für ein Lohnfortzahlungsgesetz	372
 7. Kapitel: Das Recht der Wettbewerbsverbote	387
A. Geschichtliche Entwicklung	387
I. Wettbewerbsverbote während des Bestehens des Arbeitsverhältnisses	387
II. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	389
B. Die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen	392
I. Wettbewerbsverbote während des Bestehens des Arbeitsverhältnisses	392
II. Wettbewerbsverbote nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	393
1. Das Wettbewerbsverbot für kaufmännische Angestellte	393
2. Das Wettbewerbsverbot für technische Angestellte und für Auszubildende	395
3. Das Wettbewerbsverbot für die übrigen Arbeitnehmer	395
4. Das Recht der neuen Bundesländer	396
III. Die Gleichstellung durch die Rechtsprechung	396
IV. Rechtsvergleichung	397
V. Bisherige Neuregelungsvorschläge	400
1. Der Vorschlag Fischers	400
a) Darstellung	400
b) Stellungnahme	402
2. Der Vorschlag des Bundesarbeitsministeriums	403
a) Darstellung	403
b) Stellungnahme	405
3. Der Entwurf der Arbeitsgesetzbuchkommission	405
a) Darstellung	405
b) Stellungnahme	408

VI. Eigener Vorschlag	408
1. Wettbewerbsverbot während des Arbeitsverhältnisses	408
2. Nachtragliches Wettbewerbsverbot	410
 8. Kapitel: Arbeitsschutzrecht	 414
A. Geschichtliche Entwicklung des Nachtarbeitsverbots	415
B. Verfassungsmäßigkeit des § 19 AZO	417
I. Das Nachtarbeitsverbot	417
1. Die Ungleichbehandlung von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten	417
2. Die Ungleichbehandlung von Arbeiterinnen und männlichen Arbeitnehmern (Arbeitern und Angestellten)	419
II. Der Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen	421
C. Bisherige Vorschläge zur Neuregelung des Nachtarbeitsverbots	421
D. Eigener Vorschlag	422
 3. Abschnitt: Kollektives Arbeitsrecht	 424
 9. Kapitel: Mitbestimmungsrecht	 426
A. Die Problematik	426
B. Die historische Entwicklung des Betriebsverfassungsrechts	427
C. Die historische Entwicklung im Recht der Unternehmensmitbestimmung	432
D. Die Verfassungsmäßigkeit der Regelung	436
I. Die gegenwärtige Regelung	436
II. Überlegungen für eine Neuregelung	438
 10. Kapitel: Die Bindung an den Gleichheitssatz bei den einzelnen Rechtsquellen	 443
A. Tarifverträge	443
I. Rechtstatsachen	443
II. Die Bindung der Tarifverträge an den Gleichheitssatz	443
III. Konsequenzen für den Gesetzgeber	447
1. Allgemeinverbindlicherklärungen	448
2. Außenseiterklauseln	448
3. Dispensierung vom Gleichheitssatz	449
4. Generelle inhaltliche Vorgaben für die Tarifparteien	449
5. Tariföffnungsklauseln und Gleichbehandlungsvorbehalt	450
6. Gleichbehandlungsvorbehalt mit Differenzierung	450
B. Betriebsvereinbarungen	452
I. Rechtstatsachen	452
II. Die Bindung der Betriebsvereinbarungen an den Gleichheitssatz	452
III. Konsequenzen für den Gesetzgeber	454
C. Betriebliche Einheitsregelungen	455
I. Rechtstatsachen	455
II. Die Bindung von allgemeinen Arbeitsbedingungen an den Gleichheitssatz	456
III. Konsequenzen für den Gesetzgeber	457
D. Regelgeleitetes Verhalten	457

I.	Grundsätze	457
II.	Einzelfragen	458
	1. Einstellungen	458
	2. Beförderungen	458
	3. Sozialleistungen und Weisungen	458
	4. Kündigungen	459
III.	Konsequenzen für den Gesetzgeber	459
E.	Individualarbeitsverträge	459
F.	Zusammenfassung zum 10. Kapitel	459
3. Teil:	Sozialversicherungsrecht	461
<i>11. Kapitel:</i>	<i>Die Geschichte der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge</i>	462
A.	Antike	462
B.	Mittelalter und Neuzeit	463
<i>12. Kapitel:</i>	<i>Das Recht der Rentenversicherung</i>	471
A.	Die Ungleichbehandlung als Tatbestand	471
B.	Die Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	472
C.	Ungleichbehandlung durch Organisation	474
	I. "Suspekte Unterscheidungen"	475
	II. Die Entwicklung der Gruppe der Angestellten	477
	III. Die Entwicklung der Gruppe der Arbeiter	478
	IV. Arbeiter und Angestellte als Gruppen	480
	1. Theorien zur Gruppenbildung der Angestellten	480
	2. Das Ansehen von Angestellten und Arbeitern	481
	3. Abgrenzungsversuche	482
	4. Neuere Untersuchungen	483
D.	Ergebnis	485
E.	Berufsunfähigkeit	488
	I. Das Stufenschema für Arbeiter	490
	II. Das Stufenschema für Angestellte	490
	III. Die Verfassungsmäßigkeit der Rechtsprechung	491
<i>13. Kapitel:</i>	<i>Unfall-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungsrecht</i>	492
A.	Unfallversicherungsrecht	492
B.	Arbeitsförderungsrecht	492
	I. Schlechtwettergeld	493
	II. Wintergeld	495
C.	Krankenversicherungsrecht	497
4. Teil:	Die Definition des Arbeiters und des Angestellten	504
<i>14. Kapitel:</i>	<i>Die Definition des Arbeiters und des Angestellten</i>	504
A.	Die Abgrenzung im Sozialversicherungsrecht	504
	I. Rentenversicherung und Angestelltenversicherung	504
	1. § 3 Abs. 1 AVG, "insbesondere"	505

2. Berufsgruppenverzeichnis	505
3. Allgemeine Kriterien	506
a) Verkehrsanschauung	506
b) Hand- und Kopfarbeit	506
II. Andere Zweige der Sozialversicherung	508
B. Die Abgrenzung im Arbeitsrecht	508
C. Die Abgrenzungsproblematik	509
D. Reformvorschlag	510
5. Teil: Zusammenfassung	513
Sachregister	519